

Fanzüge sind keine Pflicht

Gesetz wird angepasst

Bern. Demolierte Züge, Drohungen gegen Bahnpersonal und Saubannerzüge durch die Bahnhöfe sollen auch ohne neues Gesetz der Vergangenheit angehören. Der Nationalrat will von der Pflicht für Fans, in für sie vorgesehenen Zügen und Bussen zu reisen, nichts mehr wissen. Stillschweigend schrieb er gestern die für die Fanzugpflicht nötige Änderung des Personenbeförderungsgesetzes ab.

Neu wird eine polizeiliche Koordinationsplattform Sport eingerichtet. Diese bündelt die Aktivitäten der Sicherheitsorgane und sorgt für ein Reporting über Fanaktivitäten. Reisen mit Fanzügen werden einheitlich erfasst. Zudem haben die Swiss Football League und die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren eine Empfehlung zur Umsetzung des Hooligan-Konkordats veröffentlicht. Im Zentrum steht die einheitliche Regelung zur Beweissicherung. SDA

Ausschaffungen optimieren

Besserer Schutz vor Jihadisten

Von Andrea Sommer, Bern

Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller will die Bevölkerung besser vor sogenannten Gefährdern schützen. Das sind Personen, welche die Sicherheitsbehörden als gefährlich respektive als potenzielle Attentäter einschätzen.

Bekanntestes Beispiel dürfte der Berlin-Attentäter Anis Amri sein. Die deutschen Behörden konnten den Tunesier trotz abgelehntem Asylentscheid nicht ausschaffen.

Kostentransparenz schaffen

Auch hierzulande gibt es laut Ständerat Müller als gefährlich eingestufte Personen, die nicht abgeschoben werden können. In einem Postulat fordert er vom Bundesrat einen Bericht zum Ausschaffungsvollzug in der Schweiz. Darin sollen die Probleme identifiziert und Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Zudem fordert Müller eine Übersicht über die für Bund und Kantone im Ausschaffungswesen anfallenden Kosten.

Auch sei zu prüfen, ob sämtliche Kosten vom Bund übernommen werden könnten. In der aktuellen Regelung sind die Kantone für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber sowie krimineller Ausländer zuständig. Die Antwort des Bundesrats soll im Sommer vorliegen.

Hinweise auf Heimaturlaub bleiben liegen

Zwei abwesende Nationalrätinnen verschaffen der SP die Mehrheit gegen Untersuchung von Ferienflügen

Von Dominik Feusi, Bern

Im letzten Juli flogen täglich bis zu fünfzig Personen aus Eritrea über Istanbul in die sudanesischen Hauptstadt Khartoum, um so in ihr Heimatland zu gelangen. Das legen Boardingkarten mit dieser Route nahe, die damals von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen verwendet worden sind.

Rund 600 Franken kostet die Reise via Türkei. Im Sudan angekommen, besteigen die Reisenden schliesslich Busse, um in ihr Heimatland zu gelangen, wo sie gemäss der Flüchtlingspolitik von Simonetta Sommaruga «an Leib und Leben bedroht» sind. Vier von fünf Eritreern in der Schweiz beziehen Sozialhilfe, die jedoch ausreicht, um diese Reise zu bezahlen.

Nur wenige Personen?

Das Parlament macht schon länger Druck, die Situation in Eritrea genauer abzuklären und nach Möglichkeit mehr



Doris Fiala.

Ida Glanzmann.

Personen, denen Asyl verweigert wurde, die aber vorläufig aufgenommen wurden, in ihr Land zurückzuschicken. Jüngst machte ein Bericht von EU-Diplomaten Schlagzeilen, der die Situation im ostafrikanischen Land sicherer darstellte als der Bundesrat.

Zu den Ferienflügen sagte das Staatssekretariat für Migration jeweils, es sei mangels Direktflügen nach Eritrea schwer festzustellen, wer über ein Nachbarland in die Heimat reise und es seien nur wenige Personen, die den

Asylstatus oder den ihnen gewährten Schutz so missbrauchen würden.

Ähnlich reagierte das Staatssekretariat für Migration auch letzten Sommer, als es die brisanten Hinweise aus Zürich erhielt. Darauf gelangten die Informationen an die Geschäftsprüfungskommission und dort an die für das Justizdepartement von Simonetta Sommaruga zuständige Subkommission unter der Leitung von SVP-Nationalrat Luzi Stamm. Der Informant hatte sich schriftlich bereit erklärt, direkt vor der Subkommission auszusagen. Doch genau dies lehnte die Kommission letzten Freitag mit 4 gegen 3 Stimmen ab.

SP verstärkt durch EVP

Die drei SVP-Vertreter Luzi Stamm (AG), Erich Hess (BE) und Jacques Nicolet (VD) unterlagen den Vertreterinnen der SP, Prisca Birrer-Heimo (LU), Yvonne Feri (AG) und Valérie Piller Carrard (FR), verstärkt durch die Bernerin Marianne Streiff-Feller, die

zwar in der CVP-Fraktion sitzt, aber zur EVP gehört und regelmässig mit der SP stimmt. Die SP-Delegation verhinderte so weiteren Druck auf Justizministerin Simonetta Sommaruga, dem möglichen Missbrauch des Asylrechts auf den Grund zu gehen.

Die beiden bürgerlichen Vertreter Doris Fiala (FDP/ZH) und Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP/LU) fehlten bei der Sitzung. In der GPK ist es gemäss Reglement nicht möglich, sich vertreten zu lassen. Glanzmann und Fiala bestätigten ihre Abwesenheit auf Anfrage. Doris Fiala wies darauf hin, dass sie kurzfristig einen anderen Termin habe wahrnehmen müssen.

Letztes Jahr waren die Reisen von Flüchtlingen in ihre Heimatländer bereits Thema in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates gewesen. Dort wurde eine Untersuchung unter anderem zurückgestellt, weil man in der Geschäftsprüfungskommission an der Arbeit sei.

Ja zu Pariser Klimaabkommen

Über Massnahmen wird erst später entschieden

Bern. Die Schweiz soll sich am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen. Der Nationalrat hat gestern das Pariser Abkommen genehmigt. Umstritten war, wie stark die Schweiz den CO₂-Ausstoss reduzieren soll. Gegen das Abkommen stellte sich einzig die SVP. Die Debatte drehte sich um die Folgen des Klimawandels. Zur Sprache kamen schmelzende Gletscher, Überschwemmungen, Klimaflüchtlinge, rülpsende Kühe und «alternative Fakten».

Am Ende sprach sich der Rat mit 123 zu 62 Stimmen bei acht Enthaltungen dafür aus, das Abkommen zu ratifizieren. Nun muss noch der Ständerat entscheiden. Das Ziel ist es, den

durchschnittlichen weltweiten Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das Abkommen verpflichtet die Staaten, alle fünf Jahre ein Emissionsreduktionsziel festzulegen, das über das letzte hinausgeht.

Reduktion um 50 Prozent

Das Erreichen der Ziele ist rechtlich nicht verbindlich. Die Staaten sind aber verpflichtet, im Hinblick darauf im eigenen Land Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase zu ergreifen. Ein Teil der Reduktion kann durch Massnahmen im Ausland herbeigeführt werden. Geht es nach dem Bundesrat und dem

Nationalrat, verpflichtet sich die Schweiz auf das Ziel, das sie der UNO bereits angekündigt hat: Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent gesenkt werden.

Der Ratslinken gehen 50 Prozent nicht weit genug. Vertreter der Grünen forderten ein Ziel von 60 Prozent, zogen den Antrag aber zurück. SVP- und FDP-Vertreter beantragten, dass die Schweiz ein tieferes nationales Reduktionsziel von 40 Prozent anmeldet. Der Antrag wurde mit 104 zu 87 Stimmen abgelehnt. Peter Schilliger (FDP, LU) argumentierte vergeblich, die Schweiz sollte auf Machbares setzen und «nicht davonrennen». SDA

Maurer gibt Gas bei USR III

Arbeiten für neue Vorlage laufen

Bern. Nach dem Nein des Schweizer Volkes zur Unternehmenssteuerreform III vor knapp drei Wochen treibt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Arbeiten für eine neue Vorlage zügig voran. Städte und Gemeinden sollen dabei eng miteinbezogen werden.

Dies wurde an der Kickoff-Sitzung des Steuerungsorgans beschlossen, wie das EFD gestern Abend mitteilte. Die erwünschte rasche Umsetzung setze einen relativ engen Handlungsspielraum, biete aber auch Gelegenheit, Städte und Gemeinden von Beginn weg in die Arbeiten miteinzubeziehen.

Eckwerte im Juni

Das in neuer Zusammensetzung tagende Steuerungsorgan legte an seiner konstituierenden Sitzung unter der Leitung von Finanzminister Ueli Maurer den Fahrplan für die Steuervorlage 17 fest. Die ersten Arbeiten bestehen in der Anhörung von politischen Parteien, Städten und Gemeinden, Landeskirchen und Verbänden

Diese Anhörungen sollen im März durchgeführt werden. Aufgrund der Resultate werden laut EFD das weitere Vorgehen und der Fahrplan präzisiert. Im Juni sollen die Eckwerte der neuen Vorlage dem Bundesrat zum Entscheid unterbreitet werden. SDA

Kampf gegen die Cyber-Kriminalität

Die Schweiz und die Nato wollen zusammenspannen

Bern. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist erstmals zu einem offiziellen Besuch in Bern empfangen worden. Künftig dürfte die Schweiz im Gebiet der Cyber-Sicherheit enger mit dem westlichen Verteidigungsbündnis kooperieren. Im Vorfeld stellte Stoltenberg seinen Besuch gegenüber mehreren Schweizer Medien als Freundschaftsbesuch bei einer «sehr engen» und «verlässlichen» Partnerin dar. Während er betonte, dass er die Neutra-

lität der Schweiz akzeptiere, äusserte er den Wunsch nach einer vertieften Partnerschaft im Cyberkrieg. Dies könne etwa den Informationsaustausch oder gemeinsame Übungen umfassen.

Das Thema wurde beim Treffen im Landsitz Lohn mit Verteidigungsminister Guy Parmelin und Aussenminister Didier Burkhalter in die Diskussion einbezogen. Beide Seiten hätten dabei die Bedeutung der «internationalen Kooperation bei solchen transnatio-

nen Bedrohungen» betont, schrieb das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten anschliessend in einer Mitteilung.

Die beiden Bundesräte informierten Jens Stoltenberg über die Absicht der Schweiz, Partnerstaat des Cyberzentrums im estnischen Tallinn (Cooperative Cyber Defence Center of Excellence) zu werden. In der Vergangenheit arbeitete die Schweiz nur punktuell mit dem Institut zusammen. SDA

ANZEIGE

Eine exclusive Brille muss nicht teuer sein. Brille: **Fielmann.**

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn Fielmann bietet Ihnen die Geld-zurück-Garantie. Sehen Sie das gleiche Produkt noch 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann die Ware zurück und erstattet den Kaufpreis.

- Moderne Komplettbrille**
mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie. **CHF 47.50**
- Sonnenbrille in Ihrer Stärke**
Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, UV-Schutz, 3 Jahre Garantie. **CHF 57.50**

www.fielmann.com **fielmann**